

# Alles im Fluss

Bürgerschaftliches Engagement stellt in Berlin die klassische Stadtplanung vor neue Herausforderungen

In der Berliner Politik ist Bürgerbeteiligung noch immer ein Experimentierfeld. Die Behörden sehen sich plötzlich mit neuen Ansprüchen konfrontiert. Das zeigt zum Beispiel das umstrittene Spreebad-Projekt.

Ricardo Tarli, Berlin

Am Lustgarten, direkt am Ufer der Spree, räkeln sich Menschen mit nackten Oberkörpern in der Sonne, während andere eine Abkühlung im Fluss geniessen. Was heute nur schwer vorstellbar ist, könnte in absehbarer Zeit Realität werden. Ein privater Verein plant entlang der Berliner Museumsinsel, zwischen Schlossplatz und Bode-Museum, ein 750 Meter langes Flussbad. Wo heute Ufermauern den Zugang zum Wasser versperren, könnten Badende vielleicht in ein paar Jahren während der heissen Monate ins kühle Nass tauchen. Hinter der Idee steht der Verein Flussbad Berlin, in dem sich die Initiatoren des Projekts und zahlreiche Befürworter zusammengeslossen haben.

## Unzufriedene Stadtbewohner

Das Spreebad-Projekt zeugt von einem neuen Selbstbewusstsein der Berliner, die die Entwicklung der Stadt nicht mehr der Politik überlassen, sondern sich aktiv daran beteiligen. Das Interesse der Bürger an ihrer Stadt und ihrer Wohnumgebung ist tatsächlich so gross wie schon lange nicht mehr. Der Wunsch vieler Bürger, die Stadt noch lebenswerter zu machen, manifestiert sich auch im populär gewordenen «Urban Gardening», dem Anlegen von Gemeinschaftsgärten, wo Kiez-Bewohner Landwirtschaft betreiben. Auf Brachflächen sind so Lebensräume entstanden, die einer kommerziellen Nutzung entzogen worden sind.

Das neue Interesse an der Stadt ist Ausdruck einer sich wandelnden Stadtgesellschaft. Die junge, meist gut ausgebildete Generation ist international gut vernetzt und mobil. Zugleich ist sie an urbaner Verortung interessiert, das bedeutet, sie will den öffentlichen Raum mitgestalten und seine Aufenthaltsqualität verbessern. Immer weniger Menschen wollen sich an eine Partei binden, sind aber bereit, sich für eine befristete Zeit in einem konkreten Projekt zu engagieren. «Bürgerschaftliche Projekte wie das Flussbad werden in Zukunft weiter zunehmen», davon ist etwa Berlins Senatsbaudirektorin Regula Lüscher überzeugt.

Das gewachsene Bürgerengagement muss vor dem Hintergrund der bisherigen Liegenschaftspolitik des Berliner Senats betrachtet werden. Die Stadtregierung ist in die Kritik geraten, weil sie bei der Vergabe von Grundstücken an Bauherren und Projektentwickler bisher städtebauliche, soziale oder kulturelle Aspekte eher vernachlässigt hat, während die Erzielung eines grösstmöglichen Verkaufserlöses im Vordergrund stand. Insbesondere der Wunsch nach günstigem Wohnraum und künstlerischen Freiräumen sei in der Vergangenheit zu wenig Beachtung geschenkt worden, wird kritisiert.

Die städtebaulichen Defizite und die stark angestiegenen Mietpreise für



Schwimmen in der Spree? Die Initianten des Flussbads haben mit einigem Widerstand zu kämpfen.

VISUALISIERUNG VEREIN FLUSSBAD BERLIN

Wohnungen lösten unter den Berlinern Unbehagen und Unzufriedenheit aus, was den zahlreichen kleineren und grösseren Privatinitiativen, insbesondere im Wohnungsbau, Vorschub leistete. Der Berliner Liegenschaftsfonds wird deshalb ein neues sogenanntes Regelkonzeptverfahren entwickeln, um bei der Vergabe von Grundstücken in Zukunft eine bessere Balance zwischen den unterschiedlichen Interessen zu gewährleisten.

## Natur in die Stadt holen

Das Flussbad diene vor allem einer Besserpassung der Billigtouristen in Europas Partymetropole, sagen Kritiker des Projekts. Doch dahinter steckt mehr. Das Flussbad ist Ausdruck eines Lebensstils einer aktiven und umweltbewussten Generation, für die ein sauberer Fluss wichtiger ist, als ein eigenes Auto zu besitzen. Ihr Credo: Wir bringen die Natur zurück in die Stadt. Die Idee eines Freibades mitten in Berlin ist für viele deshalb so verführerisch, weil sie die Bedürfnisse der digitalen Bohème fast perfekt in Einklang bringt: die örtliche Verknüpfung von Arbeit, Freizeit und Kommunikation. Im Sommer setzen sich die Kreativen, ausgerüstet mit Laptop und Handy, auf die Uferstufen und springen in den Arbeitspausen ins Wasser.

Der neue Bürgerlobbyismus, der sich in vielfältiger Form manifestiert, zwingt die klassische Stadtplanung zum Umdenken. Doch Politik und Verwaltung sind auf Bürger mit derartigen Forderungen, die ausserhalb des Parteiensystems professionell und mit grossem Selbstbewusstsein auftreten, nur ungenügend vorbereitet. «Solche vergleichsweise spontanen Interventionen, die von aussen in die Planungen der Behörden eingreifen, überfordern die Verwaltung», sagt Klaus Brake, Professor am Center für Metropolitan Studies an der

Technischen Universität Berlin. Die Stadtbauverwaltung Regula Lüscher räumt ein, dass ihr Haus an Grenzen stösst. «Uns fehlt das Personal, um solche Projekte, die von aussen an uns herangetragen werden, intensiv zu begleiten», sagt sie. «Dabei wäre das für die Qualitätssicherung sehr wichtig.» Trotzdem begrüsst Lüscher die Initiative: «Sie bringen frische Ideen in die Stadtentwicklung ein.»

Die Stadtplanung steht also vor einem grundlegenden Wandel. Wie zuletzt die Abstimmung über die Randbebauung auf dem Tempelhofer Feld zeigte, ist das Misstrauen in der Bevölkerung gegenüber der Politik gross. «Wenn die Bevölkerung nicht oder zu wenig in die Planungen einbezogen wird, ist es nicht verwunderlich, wenn Vorlagen wie die Überbauung des Tempelhofer Feldes Schiffbruch erleiden», sagt Klaus Brake. Er fordert deshalb

neue Kooperationsverfahren, die den Dialog zwischen den «Zuständigen» aus Verwaltung und Politik auf der einen und den Bürgern auf der anderen Seite institutionalisieren und bereits auf die Konzeptionsphase ausdehnen. Politiker begreifen einen Fehler, wenn sie den Bürgern eine Mitsprachekompetenz von vornherein absprechen. «Die Bürger sind bereit, die Verantwortung für die Stadtentwicklung mitzutragen. Aufgrund ihrer Lebenserfahrung können sie viel dazu beitragen», so Brake überzeugt. Leider überwiege in der Politik aber immer noch die Skepsis.

## Fanal Tempelhofer Feld

Spätestens nach der Niederlage auf dem Tempelhofer Feld hat bei den politisch Verantwortlichen ein Umdenken eingesetzt. Nach dem Volksentscheid im Mai 2014, bei dem sich eine Mehrheit gegen

## «Bürgerschaftliches Engagement ist grandios»

Ricardo Tarli · Die Befürworter des Spree-Flussbades verstehen sich als Teil einer gesellschaftlichen Bewegung, die den öffentlichen Raum öffnen und bereichern will. Sie versprechen sich vom Bad eine Aufwertung und Belebung der historischen Mitte und sprechen sogar von einem «neuen Wahrzeichen Berlins». Nicht nur Denkmalschützer runzeln dabei die Stirn. Der Berliner Architekt Tobias Nöfer etwa findet, dass es eine Katastrophe sei, in dieses architekturhistorisch einmalige Ensemble ein Bad bauen zu wollen. «Massen von halbnackten Menschen an diesem städtebaulich sensiblen Ort, in direkter Nachbarschaft des Weltkulturerbes Museumsinsel, das ist für mich eine Horravorstellung», sagt Nöfer, der Mitglied des Vorstands des Berliner Architekten- und Ingenieurvereins ist. «Der Bau einer Uferterrasse wäre ein völlig unnötiger Eingriff

in diese einzigartige Kulturlandschaft.» Auch den Schiffgürtel in der jahrhundertealten Friedrichsgracht sieht er sehr kritisch.

Den Initianten wirft Nöfer vor, die kulturhistorische Bedeutung der Mitte zu verkennen und ihre eigenen Freizeitbedürfnisse über den Denkmalschutz zu stellen. «Das Flussbad ist in meinen Augen nur ein Spass-Objekt und ein Akt der Auflehnung gegen die fertige Stadt», sagt er. Nöfer begrüsst zwar städtebauliche Impulse und Ideen, die aus der Bevölkerung kommen. «Bürgerschaftliches Engagement ist grandios. Es schafft eine grössere Identifikation mit der Stadt.» Die historische Mitte werde aber mit dem Bad ihre Würde verlieren. Das sei ein viel zu hoher Preis, nur um während dreier Monate im Jahr ausgerechnet an dieser Stelle baden zu können, findet der Architekt.

eine Randbebauung des ehemaligen Flughafens aussprach, ist der Berliner Senat nun verpflichtet, für die zukünftige Nutzung des Tempelhofer Feldes einen Entwicklungsplan – unter Mitwirkung der Bevölkerung – aufzustellen. Auch bei der Neugestaltung der historischen Mitte zwischen Fernsehturm und Schlossneubau soll die Bevölkerung im Rahmen eines öffentlichen Dialogprozesses in die Planungen eingebunden werden.

Die Senatsbaudirektorin Lüscher zeigt sich gegenüber Bürgerbeteiligungsverfahren zwar aufgeschlossen, weist aber auch auf deren Grenzen hin. «Wir wollen mit solchen Beteiligungsverfahren möglichst viele Bürger ansprechen und einbeziehen. Die Verfahren sind jedoch eine grosse Herausforderung, weil sie viel Zeit und Geld kosten. Und der Erfolg ist nie garantiert.» Im besten Fall könne verhindert werden, dass eine Bürgerinitiative mit anschliessendem Volksentscheid das Ergebnis jahrelanger Planungen zunichtemacht, sagt Lüscher.

Am Schluss eines Partizipationsprozesses, der mehrere Jahre dauern kann, steht eine Empfehlung ans Parlament. Es sei den Bürgern manchmal schwer zu vermitteln, dass am Ende das Parlament entscheide, sagt Lüscher. Sie findet es deshalb wichtig, dass im Vorfeld solcher Verfahren keine falschen Erwartungen geweckt oder Versprechungen gemacht werden, die am Ende nicht eingehalten werden können. Das würde die Frustration der Bürger nur vergrössern, davon ist sie überzeugt. Klar ist, dass der Erfolg von Beteiligungsverfahren entscheidend von der Bereitschaft der Bevölkerung abhängt, daran teilzunehmen. Der neue Berliner Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel hat unlängst die geringe Beteiligung am «Online-Dialog» beklagt, wo Bürger Ideen für die Entwicklung des Tempelhofer Feldes einbringen können.

Das Spreebad-Projekt ist vom Bundesbauministerium als ein herausragendes städtebauliches Projekt beurteilt worden und bekam vom Bund im November 2014 eine Förderung von 2,6 Millionen Euro zugesprochen. Die Stadt Berlin beteiligt sich mit weiteren 1,4 Millionen Euro an den Projektkosten. Das Projekt wurde 2011 mit dem Hauptpreis des Holcim Award, der mit 100 000 Dollar dotiert ist, ausgezeichnet.

Weniger begeistert von dem Projekt sind die Denkmalschützer (siehe auch Kasten). Die Umgestaltung der Uferpromenade am Lustgarten wäre ein massiver Eingriff in die von Karl Friedrich Schinkel konzipierte Parkanlage. Ob dieses Vorhaben mit dem Schutz des Weltkulturerbes Museumsinsel zu vereinbaren wäre, ist fraglich. Ausserdem stellt vor allem die Wasseraufbereitung die Planer vor knifflige Aufgaben. Heute wäre das Schwimmen in der Spree gesundheitsgefährdend. Damit das Wasser Badequalität erreicht, muss das Flusswasser gefiltert werden. Eine mit Schilfbepflanzte Kiesschicht, die im Kanalabschnitt zwischen Gertraudenbrücke und Schleusenbrücke vorgesehen ist, soll als natürliche Filteranlage dienen. Von dort würde das gesäuberte Wasser über ein Drainagesystem in das tiefer gelegene Schwimmbecken fliessen. Ob und wann das Badevergnügen vor historischer Kulisse möglich sein wird, ist also höchst ungewiss.

Weil Sie wissen, was wir tun.

Jetzt Gönnerin oder Gönner werden: 0844 834 844 oder www.rega.ch



rega